

Expansive Lohnpolitik – Jetzt!

Nach dem überraschenden Absturz der Wirtschaft mit knapp minus fünf Prozent im letzten Jahr gehen die meisten Prognosen für dieses Jahr wieder von einem realen Wachstum der Güter- und Dienstleistungsproduktion im Umfeld von zwei Prozent aus. Der Blick auf die Triebkräfte zeigt, bei diesem noch sehr instabilen Wirtschaftswachstums wird die gespaltene Konjunktur, die auch zum jüngsten Wirtschaftskrise beigetragen hat, ungebrochen fortgesetzt: Die Warenexporte, derzeit insbesondere aus der PKW-Produktion sowie dem Elektro- und Maschinenbau, übernehmen mit einem unerwarteten Zuwachs von mehr als zehn Prozent wieder die Führungsrolle der Konjunktur. Damit wird der Aufschwung erneut von der Nachfrage aus den importierenden Ländern angetrieben. Dieser Expansion der ausländischen Nachfrage steht Bewegung des privaten Konsums um die Nulllinie gegenüber. In diesem Jahr ist ein leichter Rückgang dieser volkswirtschaftlich größten Nachfragekomponente mit knapp 56 Prozent am Bruttoinlandsprodukt zu erwarten. Damit setzt sich der seit 2003 beobachtbare Trend einer Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und privaten Verbrauchsausgaben fort: Seit dem letzten Aufschwung dümpelt der private Konsum vor sich hin.

Wie lässt sich diese Entwicklung des privaten Konsums um die Nulllinie erklären? Entscheidenden Einfluss haben die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie deren Verwendung. Neben den Sozialeinkommen entscheiden vor allem die Löhne und Gehälter über die Nachfrage nach privaten Konsumausgaben. Die für die Kaufkraft und damit die Konsumtion der privaten Haushalte entscheidenden effektiven Arbeitseinkommen nach Abzug der Inflationsrate sind seit Jahren rückläufig.

Die Verteilungsverluste gegenüber den Einkommen aus Gewinnen und Vermögen zeigt die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote: Der Anteil der Arbeitseinkommen ist gemessen am Volkseinkommen von 72,2 Prozent in 2000 nahezu kontinuierlich auf 67,4 Prozent in 2009 gesunken. 2007, also noch vor dem ökonomischen Absturz wurde mit 64,2 Prozent die niedrigste Quote seit 1991 erreicht. Spiegelbildlich dazu stieg die „Gewinnquote“. Sicherlich ist dieses Verteilungsmaß grobschlächtig. Wenn auch die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der volkswirtschaftlichen Größe „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ erfasst sind, unternehmensbezogene Statistiken verweisen auf expandierende Unternehmensgewinne gegenüber den gezahlten Löhnen und Gehältern.

Wenn in diesem Jahr nicht kräftig gegengesteuert werden sollte, werden die Bezieher von Arbeitseinkommen erneut kräftige Verteilungsverluste hinnehmen müssen. Ohnehin laufen im Aufschwung die Gewinne gegenüber den Erwerbsein-

künften schnell davon. Diese erneut an Kraft gewinnende Umverteilung zu Lasten der Einkommen aus Erwerbsarbeit ist nicht nur ungerecht. Sie ist auch gesamtwirtschaftlich schädlich. Die unzureichende Beteiligung der Beschäftigten an der ökonomischen Wertschöpfung wirkt als Wachstumsbremse. Es fehlt an ausreichender konsumtiver Nachfrage, um die Produktionskapazitäten auszulasten und neue Sachinvestitionen der Unternehmen zu veranlassen.

Diese Fehlentwicklung wird auch noch durch den vergleichsweise hohen Anteil des privaten Sparens (Geldvermögensbildung) am Bruttoinlandsprodukt verstärkt. In diesem Jahr ist mit einem Spitzenwert von über zwölf Prozent bei der volkswirtschaftlichen Sparquote zu rechnen. Im Widerspruch zum klassischen Lehrbuch fließt jedoch die Geldvermögensbildung kaum über kreditfinanzierte Unternehmensinvestitionen in den binnenwirtschaftlichen Kreislauf zurück.

Der Großteil der Unternehmensgewinne wandert bei der Suche nach hohen Renditen außerhalb der Produktion auf die internationalen Finanzmärkte. Positive Rückwirkungen auf die deutsche Binnenkonjunktur sind kaum erkennbar. Maßgeblich wird die wachsende Geldvermögensbildung aus den Einnahmenüberschüssen der Einkommens- und Vermögensstarken gespeist. Aber auch die Beschäftigten tragen zur vergleichsweise hohen Sparquote bei. Es sind die Ängste um den Verlust an Arbeitseinkommen, ja es ist die Sorge, den Arbeitsplatz zu verlieren, und am Ende in einem Niedriglohnjob zu landen. Das Angst- bzw. Vorsorgesparen dominiert. Diese Ersparnisse reduzieren am Ende die Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen während ihr Einsatz zur Finanzierung volkswirtschaftlicher Ausgaben viel zu gering ausfällt. Durch die Dominanz der rentierlichen Anlageprodukte auf den Finanzmärkten ist die Kette Gewinne heute, Investitionen morgen und Beschäftigung übermorgen schon lange brüchig.

Diese anhaltende Umverteilung zu Lasten der Arbeitseinkommen bremst zusammen mit der verstärkten Verwendung des verfügbaren Einkommens für Ersparnisse die gesamtwirtschaftlichen Aufschwungkräfte. Die Folge ist, dass das ökonomische System nicht über seine Verhältnisse lebt. Im Gegenteil, die Wirtschaft bewegt sich mangels konsumtiver Nachfrage unterhalb der Produktionsmöglichkeiten.

1. Die Aufschwungillusion

Exportboom: Gewinne ▲▲ Investitionen ▲... Jobs ▲.....Löhne ▲ ...
Konsum ▲ **Selbsttragender Aufschwung?**

G – I: Gewinne fließen weniger auch wegen der unternehmerischen Eigenfinanzierung in Sachinvestitionen, sondern auf die Finanzmärkte.

I – J: Jobwirkung der Sachinvestitionen ist schwach (Abbau der Kurzarbeit, Einsatz von Niedriglohnjobs und Rationalisierungen).

L – K: Vor allem Durch Verteilungsverluste der Arbeitseinkommen gegenüber den Gewinnen, Verlusten bei der Nettoealposition sowie Angstsparen bleibt konsumtive Kaufkraft zurück.

2. Die Aufschwungillusion durchbrechen

Expansive Lohnpolitik zur Stärkung Massenkaukraft:

Voraussetzung für Zunahme der Verwendung für privaten Konsum;
Abbau des Angst- und Vorsichtssparen durch stabile Entwicklung.

Erst durch eine Erhöhung der effektiven, nach Abzug der Inflation real im Portemonnaie verbleibenden Kaufkraft lässt sich diese Wachstumsbremse entblocken. Dazu sollte die kaufkraftrelevante effektive Nettoealohnposition erhöht werden. Am Anfang steht der Bruttolohn je Beschäftigten. Dieser wird immer noch maßgeblich durch die vereinbarten Tariflöhne bestimmt. Die effektiv in den Betrieben bezahlten Tariflöhne haben sich dagegen noch schwächer entwickelt. So stiegen 2009 die Tariflöhne im Durchschnitt um 2,6 Prozent während die effektiven Bruttoeinkommen um 0,4 Prozent zurückgegangen sind (vgl. die Übersicht „**Das Elend mit der Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivdiensten**“). Um zur Nettoealohnposition zu kommen müssen die öffentlichen Abgaben abgezogen und die Inflation herausgerechnet werden.

Warum entwickeln sich die effektiven Tariflöhnen gegenüber den Tarifvereinbarungen seit mehreren Jahren schwächer. Unternehmen bauen in der Krise außertarifliche Vergünstigungen ab, bei den Tarifverträgen werden Öffnungsklauseln genutzt bzw. wird die Tarifbindung aufgeben. Während 1998 noch 76 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland in tarifgebunden Unternehmen arbeiteten, waren es 2009 nur noch 65 Prozent (Ostdeutschland von 63 Prozent auf 51 Prozent). Die durchschnittliche effektive Entlohnung wird jedoch auch durch die Expansion der Niedriglohnarbeit gedrückt. Ohne den expandierenden Niedriglohnsektor wären die effektiven Arbeitseinkommen deutlich höher ausgefallen.

Schließlich müssen die Abgaben an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen abgezogen werden. Am Ende reduziert auch noch die Inflationsrate diese Netto-realloonposition. Der Verlust bei der Netto-realloonposition zeigt sich an folgenden Daten. Während der Index für den Netto-realloon 1994 bei 100 lag ist dieser auf 93,4 in 2008 und 2009 auf 92,3 zurückgefallen.

Die Rückkehr auf den Pfad der gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklung, die auch zum gesamtwirtschaftlichen Produktionseinbruch im letzten Jahr geführt hat, muss verhindert werden. Erforderlich ist eine aktive Lohnpolitik, die am Ende die effektive Kaufkraft im Portemonnaie der Beschäftigten erhöht. Dazu gehört dreierlei: (1) Die Tarifverträge sollten sich an der Beteiligung am Produktionswachstum und dem Inflationsausgleich ausrichten. Denn mit der moderaten Lohnpolitik ist in den letzten Jahren die internationale Konkurrenzfähigkeit zu Lasten der Binnenwirtschaft gestärkt worden. (2) In den Unternehmen ist die Tarifbindung auch zur Stärkung der Motivation der Beschäftigten und damit zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zu intensivieren. (3) Schließlich müssen durch eine Reform der Finanzierung der sozialen Systeme und eine niedrigere (Grenz-) Steuerbelastung bei den unteren Arbeitseinkommen gegenüber dem Nettowert der Arbeitseinkommen erhöht werden.

Ein wesentlicher Schritt ist das Ende einer Strategie der Verteilungsverluste zu Lasten der Beschäftigten. Dies gilt insbesondere in Aufschwungsphasen. Denn im konjunkturellen Aufschwung expandieren die Unternehmensgewinne, während sich die Arbeitseinkommen viel schwächer entwickeln. Die massiven Gewinnzuwächse fließen jedoch kaum in die Finanzierung von beschäftigungsrelevanten Sachinvestitionen. Sie wandern großteils auf die Finanzmärkte, um dort auch mit hoch spekulativen Geschäften schnell hohe Renditen zu erzielen. Wie nicht erst die jüngste Wirtschafts- Finanzmarktkrise zeigt, Verteilungsverluste bei den Beschäftigten sind für die konjunkturelle Stärkung schlichtweg Gift. Während diese Gewinnverwendung binnenländische Nachfrage entzieht, lassen die zurückbleibenden Arbeitseinkommen eine ausreichende konsumtive Nachfrageentfaltung nicht zu. Die Zeit ist jetzt reif, auf die gesamtwirtschaftlich gebotene Erhöhung der Arbeitseinkommen umzuschalten. Dazu bieten sich die beiden Hebel an: Die Lohnzuwächse müssen mittelfristig mindestens an der Produktivitätsentwicklung und am Ausgleich der Inflationsrate ausgerichtet werden (produktivitätsorientierte Reallohnssicherung). Über alle Branchen hinweg wäre nach dieser gesamtwirtschaftlichen Regel mindestens eine Lohnerhöhung um drei Prozent geboten. Der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen würde konstant gehalten. Darüber hinaus sollte der stark gewachsene Niedriglohnsektors durch Mindestlöhne gegen Lohndumping abgesichert werden. Oftmals wird übersehen, dass die Ausweitung des Niedriglohnsektors durch sinkende konsumtive Nachfrage zur gesamtwirtschaftlichen Belastung geworden ist.

Erforderlich ist eine Politik der Tarifvertragsparteien sowie des Staates, die mit steigenden Arbeitseinkommen dafür sorgt, dass die Einkommen der Beschäftig-

ten zumindest mit der Produktivität real steigen und damit die Teilhabe an der ökonomischen Wertschöpfung gesichert wird. Jetzt ist die Zeit, nach jahrelangen Verteilungsverlusten der Beschäftigten, mit gebremsten Gewinnen zugunsten von Lohnerhöhungen die Konjunktur zu stärken.

Übersicht

Das Elend mit der Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivverdiensten

Beispiel 2009 (Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr)

1. Tariflöhne und Effektivverdienste (nominal, real)

Nominale Tariflöhne (im Durchschnitt)	+ 2,6 Prozent
Real bei Inflationsrate 0,4 Prozent	+ 2,2 Prozent
Nominale Effektivverdienste	- 0,4 Prozent
Real bei Inflationsrate 0,4 Prozent	- 0,8 Prozent

Rückblick: Seit sechs Jahren effektive Reallohnverluste!

2. Ursachen für die Differenz

u.a. Kurzarbeit, Nutzung von tariflichen Öffnungsklauseln.

Ergebnisse aus der WSI-Betriebsbefragung:

- 22 Prozent von der Krise betroffene Betriebe haben vorgenommen und planen Abstriche beim Entgelt: Kürzung von Sonderzahlungen, Zulagen, Aussetzung vorgesehener Lohnerhöhungen, Abstriche bei übertariflichen Entgeltbestandteilen, Verschlechterung von Eingruppierungen;
- 10 Prozent der Krisebetriebe führen durch bzw. planen Einschnitte bei betrieblichen Sozialleistungen.

Juli 2010